

6
78

Union in Deutschland

Bonn, den 9. Februar 1978

Zusammenbruch auf Raten

Diese sogenannte Regierungsumbildung ist ein Stück Zusammenbruch der Bundesregierung auf Raten. Die neuen Köpfe im Kabinett machen die Regierung nicht handlungsfähiger, stellt Helmut Kohl fest. Das Vertrauen der Bürger in die SPD/FDP-Regierung ist ohnehin zerstört worden. Das fing an mit dem Rentenbetrug und endet jetzt in einer Spionageaffäre größten Ausmaßes sowie illegalen Abhöraktionen mit „Wanzen“.

Die nächsten Konflikte sind bereits vorprogrammiert. Sie liegen in der Sache und in den Personen begründet. Wichtige überfällige Sachentscheidungen wie die Verabschiedung der Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus, die Entscheidung in der Rentenpolitik, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden von Bundeskanzler Schmidt auf die lange Bank geschoben, weil er in seiner eigenen Partei und in der Koalition keine Mehrheiten mehr findet. Nicht Helmut Schmidt entscheidet über die Ereignisse, sondern die Ereignisse entscheiden längst über ihn und seine Regierung.

Zu weiteren Fragen nahm Helmut Kohl in einem Interview Stellung.

Weiter auf Seite 2

■ FINANZEN

Die Schuldenlawine tickt — Ausgaben sind zu hoch. Seite 5

■ DDR

Ost-Berlin wird als Verhandlungspartner zunehmend handlungsunfähiger. Seite 7

■ NEUTRONEN- WAFFE

SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr läuft Amok. Seite 8

■ KABELFERN- SEHEN

Die Union drängt auf schnelle Entscheidung über Pilotprojekte. Seite 11

■ ZUR SACHE

Ein Telegramm zur Rentensituation. Seite 13

■ PARTEIARBEIT

Ideen — Taten — Aktionen. Seite 14
664 214 Mitglieder Seite 16

■ DOKUMENTATION

Orientierungsstufe — Vorfeld der integrierten Gesamtschule. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Frage: Was sagen Sie zu den neuen Männern im Kabinett?

Helmut Kohl: Zuerst zu dem neuen Finanzminister Matthöfer: Für eine besonders bedenkliche Entscheidung im Kabinett halte ich die Berufung Matthöfers zum Chef des Finanzressorts. Wie will der linke Matthöfer denn mit dem Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff klarkommen? Mit dem Gespann Lambsdorff/Matthöfer geht das nicht gut. Matthöfer ist kein Fuhrmann, der vor die Kutsche gespannt werden kann, damit die deutschen Unternehmer wieder mehr Vertrauen gewinnen. Der Grund für die Berufung Matthöfers bleibt ein persönliches Geheimnis von Helmut Schmidt.

Frage: Und wie bewerten Sie den neuen Verteidigungsminister Apel?

Helmut Kohl: Er tritt ein sehr schweres Erbe an. Eines muß man klar sehen: Für Hans Apel ist das Verteidigungsressort doch nicht die Endstation. Er sieht sich doch schon als Kanzlerkandidat des Jahres 1984.

Frage: Was sagen Sie zu den neuen Lauschaktionen des Militärischen Abschirmdienstes (MAD)?

Helmut Kohl: Ich kann die Regierung hier nur warnen, diese schlimmen Dinge unter den Teppich zu kehren. Wir werden im Bundestag auf eine restlose Aufklärung drängen:

1. Trifft es zu, daß hohe Offiziere illegal abgehört wurden? Dazu muß Herr Apel öffentlich Auskunft geben.
2. Hat Kanzleramtschef Schüler von den Abhöraktionen gewußt?
3. Sind Aktionen mit „Wanzen“ in der Amtszeit des Verteidigungsministers

Helmut Schmidt im Jahre 1972 vorgekommen?

Dazu kann ich feststellen: Es war schließlich doch Helmut Schmidt, der den damaligen MAD-Chef Scherer ins Amt geholt hat. Schmidt und Schüler müssen alle Einzelheiten vor dem Deutschen Bundestag darlegen. Dazu werden wir sie zwingen.

Frage: Immer ruhiger wird es um die Spionageaffäre Lutze...

Helmut Kohl: Nach allem, was wir wissen, ist dieser Spionagefall der größte, was die Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland anbetrifft. Es wird eine der Aufgaben von Minister Apel sein, dem NATO-Partner gegenüber und der deutschen Öffentlichkeit die wahre Dimension dieses Falles deutlich zu machen.

Frage: Warum hat die FDP zu Krisen der Regierung geschwiegen?

Helmut Kohl: Die FDP sieht ganz genau, daß die Regierungsfähigkeit ihres Partners SPD zerrinnt. Ich nehme doch stark an, daß die Freien Demokraten jetzt über ihre eigene Zukunft nachdenken.

Der Bundeskanzler ist durch Minderheiten in seiner eigenen Partei erpreßbar geworden. Helmut Schmidt hat doch die eigene Partei und seine Fraktion nicht mehr in der Hand. Es genügen doch zwei Dutzend SPD-Abgeordnete, um die Regierungspolitik je nach Belieben blockieren zu können. Das wird sich doch demnächst schon bei den Anti-Terrorgesetzen zeigen. Von dem großen Macher und seinem Anspruch, „den Gezeiten gebieten zu können“, ist doch nichts mehr übriggeblieben.

■ INFORMATION

Gegen Verdoppelung der Heizölsteuer

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt die von der Bundesregierung vorgesehene Verdoppelung der Heizölsteuer ab. Es sei nur ein Vorwand der Regierung, wenn sie behauptet, die Steuererhöhung führe zur Einsparung von Energie, erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises für Haushalt, Steuern, Geld und Kredit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele. In Wirklichkeit beschließe die SPD/FDP-Koalition eine Abgabemehrbelastung, um sich der Aufgabe der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel leichter entziehen zu können. Die CDU/CSU begrüßt es, daß die Bundesregierung ermäßigt versteuertes Mineralöl für den Betrieb von Motoren in ortsfesten Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme vorsieht. Dies dient einer besseren Nutzung und damit Einsparung von Energie und war von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon am 29. November 1977 beantragt worden. Übrigens ein Beispiel dafür, wie sich die SPD/FDP-Koalition gerne der Initiativen der CDU/CSU bedient, um sie nachher als eigenes Produkt zu verkaufen.

Frauenarbeitslosigkeit

In der jüngsten Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages hat der Bundesarbeitsminister kein Wort für die besondere Problematik der überproportional hohen Frauenarbeitslosigkeit verloren. Dazu erklärte die Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, Frau Dr. Helga Wex, MdB, die Bundesregierung sollte endlich der von der Frauenvereinigung der CDU vorgeschlagenen

konzertierten Aktion zur Überwindung der überproportional hohen Frauenarbeitslosigkeit zustimmen. Die Frauenarbeitslosigkeit sei kein „Problemchen“, sondern eine gesellschaftspolitische Herausforderung, an der keiner der politisch Verantwortlichen vorbeisehen könne.

Herbe Enttäuschung

Zu den von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen für Ende Januar 1978 erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises Sozial- und Gesellschaftspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinz Franke, die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation gegenüber Dezember 1977 bedeute eine herbe Enttäuschung für die Bundesregierung, die sich von den im Herbst 1977 beschlossenen steuerpolitischen Maßnahmen schnelle Impulse auf die Beschäftigtenzahlen für 1978 erhofft habe. Es zeige sich wieder einmal: Solange die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Bundesregierung nicht insgesamt ein höheres Maß an allgemeiner Glaubwürdigkeit gewinne, müßten alle Einzelmaßnahmen zur Verstärkung des Wirtschaftswachstums nur Stückwerk bleiben.

Mehr Verkehrserziehung

Zu dem von der Bundesregierung veröffentlichten „Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr 1977“ erklärte Günter Straßmeir, Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages, der Bericht dürfe nicht in der Schublade verschwinden. Nach Auffassung der CDU/CSU komme es darauf an, die Unfallschwerpunkte im innerstädtischen Verkehr, auf Landstraßen, bei den motorisierten Zweiradfahrern und bei Jugendlichen und Kindern in das Zentrum der Verkehrssicherheitspolitik zu rücken. Die

CDU/CSU fordere verstärkte Anreize zu freiwilliger Nachschulung auch unfällig gewordener Kraftfahrer. Diese müßten die Chance erhalten, sich zu bewähren.

Aktionspaket für den Wahlkampf

Ein Wahlkampf-Aktionspaket verschickt die CDU in Niedersachsen ab 1. Februar an alle 96 000 Mitglieder. Neben einem ersten Argumente-Prospekt mit Aussagen zur Wirtschafts-, Sozial- und Schulpolitik sowie zur Politik der inneren Sicherheit liegen dem Aktionspaket Aufkleber, ein Werbemittelkatalog und ein Ideen-Vorschlag für den persönlichen Wahlkampf bei, der die CDU-Mitglieder motivieren soll, aktiv in den Wahlkampf einzugreifen.

In einem dem Aktionspaket beiliegenden Brief an alle Mitglieder schreibt der CDU-Landesvorsitzende Wilfried Haselmann: „Diese Wahl ist zu gewinnen. Wir haben mit Ernst Albrecht den richtigen Mann für Niedersachsen. Es muß unseren Mitbürgern im Land deutlich gemacht werden, daß es für Niedersachsen keine bessere Politik gibt als die Albrecht-Politik.“

Lehrerfeuerwehr

Der Vorschlag des hessischen CDU-Landesvorsitzenden Alfred Dregger, angesichts der unzureichenden Schulpolitik der SPD/FDP-Regierungskoalition in Hessen ein kommunales Hilfsprogramm durch von christdemokratischen Mehrheiten geprägte Magistrate oder Stadtparlamente in Gang zu setzen, hat eine lebhafte Resonanz gefunden und bereits erste konkrete Maßnahmen ausgelöst. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Manfred Kanther, wies auf einen von der CDU-Mehr-

heitsfraktion im Wiesbadener Stadtparlament beschlossenen Antrag hin, in der Landeshauptstadt 40 Lehrer als „Lehrerfeuerwehr“ einzusetzen. Diese Initiative soll bereits in der nächsten Sitzung des Stadtparlaments eingebracht werden. Die CDU geht davon aus, daß diese „Lehrerfeuerwehr“ nach den Osterferien einsatzfähig ist.

Ludwig-Erhard-Preis

Die Ludwig-Erhard-Preise für Wirtschaftspublizistik 1978, die eine unabhängige Jury Rudolf Mühlfenzel, München, Prof. Dr. Wolfgang Stützel, Saarbrücken, und Hans-Henning Zencke, Bonn, zugesprochen hat, sind in Anwesenheit des Bundespräsidenten und anderer Ehrengäste durch den Vorsitzenden der Ludwig-Erhard-Stiftung e. V., Prof. Dr. Alfred Müller-Armack, den Preisträgern überreicht worden.

Partielle Lockerung des Anwerbungsstopps

Für eine partielle Überprüfung und gegebenenfalls Lockerung des Anwerbungsstopps für ausländische Arbeitnehmer, zumindestens im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes, hat sich der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hausel (Krefeld), ausgesprochen. Er nimmt Bezug auf das jüngste Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft zu den aktuellen Problemen der Beschäftigungspolitik, in dem sich der wissenschaftliche Beirat ausdrücklich für eine partielle Lockerung des Anwerbungsstopps ausgesprochen hat, und zwar nicht nur zur Überbrückung vorhandener Engpässe, sondern zur Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials.

■ BUNDESFINANZEN

Die Schuldenbombe tickt — Ausgaben sind zu hoch

In der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages nahm die Auseinandersetzung über die Verschuldung beim Bund großen Raum ein. Der finanzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Franz Josef Strauß erklärte: Der Bundeskanzler kündigte in seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 eine Herabsetzung des Schuldenzuwachses an. Die Neuverschuldung müsse „deutlich niedriger liegen als bisher“, also deutlich niedriger als die Neuverschuldung des Jahres 1976 von 25,8 Mrd. DM. Im Gegensatz dazu verstrickt sich die Bundesregierung immer tiefer in Schulden.

Die fast 31 Mrd. DM, um die sich die Schuldenlast des Bundes 1978 erhöhen soll, überschreitet erneut — und zwar nach 1975 und 1976 zum dritten Male die in der Verfassung vorgeschriebene Obergrenze, nämlich die Summe der Investitionen beim Bund. Selbst der finanzpolitische Sprecher der FDP, Hoppe, räumte ein: „Es kann keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß derart hohe Kreditaufnahmen kein Dauerzustand sein können. Allein die Vorbelastungen, die sich bei der gegenwärtigen Staatsverschuldung aus dem Zins- und Tilgungsdienst für die nächsten Haushalte ergeben, werden für das Haushaltsjahr 1979 brisant sein.“ Die Bundesregierung schwieg dazu. Denn die Zahlen sprechen für sich.

Der Schuldendienst des Bundes (s. Tabelle 1) wird im Jahre 1981 44,3 Mrd. DM, d. h. fast ein Viertel der Steuereinnahmen aufzehren. Damit wird jede 4. Mark der Steuereinnahmen vom Schuldendienst aufgezehrt und steht nicht mehr für andere Aufgaben des Bundes zur Verfügung.

Schuldendienst des Bundes 1970—1981 (in Mrd. DM)

Tabelle 1

	Til- gun- gen	Zin- sen	Schul- den- dienst
1970	3,8	2,5	6,3
1971	4,1	2,6	6,7
1972	3,0	2,8	5,8
1973	5,6	3,3	8,9
1974	5,9	4,2	10,1
1975	6,8	5,2	12,0
1976	20,5	6,9	27,4
1977	14,7	8,8	23,5
1978	17,1	10,1	27,2
1979	23,2	12,6	35,8
1980	24,7	14,4	39,1
1981	27,4	16,9	44,3

Die Gefährlichkeit der hohen Verschuldung des Bundes in den letzten Jahren zeigt sich auch in den daraus resultierenden Folgelasten. Während von 1977 bis 1981 die Gesamtausgaben des Bundes um 31,5 %, die Steuereinnahmen um 34,1 % und das nominale Brutto-sozialprodukt um rund 30 bis 35 % stei-

gen sollen, erhöhen sich im gleichen Zeitraum der Schuldendienst um 83,3 % und der Gesamtschuldenstand des Bundes um 71,9 %.

Damit wird die hohe Verschuldung des Bundes und die sich daraus ergebenden Zins- und Tilgungsbelastungen zu einer schweren Hypothek für die Haushalte der kommenden Jahre. Mit 44,3 Mrd. DM wird der Schuldendienst im Haushaltsjahr 1981 hinter den Sozialausgaben (75,5 Mrd. DM) zum zweitgrößten Ausgabenblock. Er liegt damit noch vor den Ausgaben für Verteidigung (39,5 Mrd. DM) und ist fast doppelt so groß wie der Verkehrsetat. Die wichtigen Zukunftsausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung werden sogar um das Viereinhalbfache übertroffen.

Tabelle 2

	Schul- stand des Bun- des (Mrd. DM)	Brutto- kredit- auf- nahme (Mrd. DM)	Netto- kredit- auf- nahme (Mrd. DM)	Investive Aus- gaben (Mrd. DM)
1970	47,3	4,9	1,1	15,0
1971	48,8	5,5	1,4	18,1
1972	55,3	7,0	4,0	20,2
1973	61,4	8,3	2,7	22,1
1974	72,1	15,3	9,5	22,2
1975	108,5	36,8	29,9	24,9
1976	128,5	46,3	25,8	21,5
1977	145,4	35,4	20,7	24,7
1978	172,8	44,6	27,5 (31)	28,8
1979	196,7	50,1	26,9	30,2
1980	225,4	50,4	25,7	30,7
1981	250,0	52,0	24,6	30,0

Der im internationalen Vergleich relativ niedrige Gesamtschuldenstand des Bundes, der 1977 145,4 Mrd. DM betrug und bis Ende 1981 auf 250 Mrd. DM ansteigen wird, ist kein geeigneter

Gradmesser für die Gefährlichkeit der Schuldenentwicklung. Entscheidend sind vielmehr Tempo und Ausmaß der Schuldenlawine in den Jahren 1974, 1975, 1976 und wieder ab 1978 mit ihren Folgewirkungen auf Zins- und Tilgungsbelastung. Dies muß bei der Bewertung der nach den Plänen der Bundesregierung 1978 rund 31 Mrd. DM hochschnellende Neuverschuldung entscheidend berücksichtigt werden.

Denn von 100 DM, die der Staat 1981 am Kreditmarkt aufnehmen wird, verbleiben ihm nur noch 47,30 DM netto. Im Jahre 1975 waren es noch 81,25 DM. Das heißt, der ab 1979 auf dem Bundeshaushalt lastende Zins- und Schuldenberg wird den Haushalt immer unbeweglicher, immer weniger geeignet zur konjunkturell notwendigen flexiblen Ausgabengestaltung machen. Es muß endlich, wie es die CDU/CSU fordert, gespart werden. Daran führt kein Weg vorbei. Denn wir haben nicht zu wenig Einnahmen, sondern zu hohe Ausgaben. Dies ist auch deshalb notwendig, weil die Neuverschuldung 1978 zum dritten Male deutlich die Summe der investiven Ausgaben überschreitet und damit die Verschuldungsobergrenze nach Artikel 115 des Grundgesetzes. Das ist „Zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes“ nur für Ausnahmefälle zulässig. Aber die Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe, die das Gleichgewicht stört, hält nunmehr schon im fünften Jahr an.

Franz Josef Strauß erklärte: Unter diesen Umständen ist es auch verfassungsmäßig nicht länger zu rechtfertigen, die Schuldenobergrenze des Grundgesetzes weiter zu überschreiten. Damit verstößt der Haushalt 1978 gegen das Grundgesetz. Rein finanzwirtschaftlich sind die Grenzen des Schuldenzuwachses längst erreicht und überschritten.

■ DDR

Ost-Berlin als Vertragspartner zunehmend handlungsunfähig

Die jüngsten Vorkommnisse und Entwicklungen im innerdeutschen Verhältnis sind — über ihre aktuelle Bedeutung hinaus — ein Anlaß zu grundsätzlichen Überlegungen. Es geht dabei um nichts weniger als die Handlungsunfähigkeit und politische Seriosität der DDR-Führung, stellt Olaf von Wrangel, stellvertretender Vorsitzender des innerdeutschen Bundestagsausschusses, fest. Diese Frage drängt sich geradezu auf, wenn man das gegenwärtige innerdeutsche Miß-Verhältnis unter den folgenden Gesichtspunkten näher betrachtet:

① Die sich häufenden Verletzungen von Verträgen und Vereinbarungen — nicht nur ihrem Geist, sondern auch ihrem Buchstaben nach — deuten auf einen gefährlichen Erosionsprozeß in der Vertragstreue der DDR hin. Dieser Prozeß ist unterdessen so weit fortgeschritten, daß sich die SED-Führung heute schon gar nicht mehr die Mühe macht, ihre Vertragsbrüche wenigstens nach außen hin zu bemänteln.

Die Schließung des „Spiegel“-Büros zum Beispiel läßt sich selbst mit der fragwürdigen „Journalistenverordnung“ nicht rechtfertigen, weil keinem „Spiegel“-Korrespondenten irgendein Vorwurf gemacht werden kann. Die Zurück-

weisung von Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion am Übergang nach Ost-Berlin verstößt nicht nur gegen langjähriges Gewohnheitsrecht, sondern auch gegen das Viermächte-Abkommen, in dessen Teil I dieses Recht garantiert wird. Das sprunghafte Anwachsen der schikanösen Kontrollen auf den Transitstrecken hat inzwischen eine qualitativ neue Größenordnung erreicht, die einen direkten Bruch des Artikels 16 Transitabkommen darstellt.

Diese wachsende Bereitschaft zum unverblühten Vertragsbruch stellt die Vertragsfähigkeit der DDR ernsthaft in Frage. Wer den Vertragsbruch so selbstverständlich einkalkuliert wie die DDR, macht sich international unglaublich und taugt nicht zum Vertragspartner. Für die CDU/CSU ist dies eine besonders schwerwiegende Feststellung — gerade weil sie sich selbst ganz eindeutig zur Einhaltung bestehender Verträge bekennt und für eine Fortsetzung von Verhandlungen eintritt.

② Die hysterischen Reaktionen der SED-Führung auf das im „Spiegel“ abgedruckte Oppositions-Manifest lassen daran zweifeln, daß die DDR-Politik noch in rationalen Bahnen verläuft. Was ist das für ein Staat, dessen Politik offenbar von persönlichen Empfindlichkeiten einiger Spitzenfunktionäre diktiert wird? Zu einem solchen Staat vernünftige, sachbezogene und kontinuierliche Beziehungen zu unterhalten, ist

praktisch kaum möglich. Denn politische Beziehungen zwischen seriösen Staaten beruhen darauf, daß sie einigermaßen berechenbar und nicht willkürlichen Launen unterworfen sind.

Die Bundesregierung muß daher — auch um der Selbstachtung unseres Landes willen — gegenüber der DDR mit aller Deutlichkeit klarstellen, daß sie nicht länger bereit ist, einen irrationalen Zickzackkurs in den innerdeutschen Beziehungen hinzunehmen. Durchaus im gegenseitigen Interesse muß den DDR-Machhabern dringend empfohlen werden, endlich eine sinnvolle Perspektive für die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln, denn die gegenwärtige Konzeptionslosigkeit kann nicht ohne Folgen bleiben.

③ Wenn es zutreffen sollte — und manches spricht dafür —, daß die Verschlechterung des innerdeutschen Verhältnisses wesentlich von Moskau ferngesteuert worden ist, dann müssen auch daraus politische Konsequenzen gezogen werden. Denn damit würde nicht nur das Souveränitätsdefizit der DDR mit Händen greifbar, sondern auch die Handlungsfähigkeit der DDR-Regierung zweifelhaft. Die Bundesregierung müßte daraus die für sie schmerzliche Folgerung ableiten, daß sie ihre Deutschlandpolitik mit einem unzuständigen Partner geführt hat und daß der Schlüssel selbst für die Lösung von Detailproblemen nach wie vor in Moskau liegt.

Fortlaufende Vertragsbrüche, konfuse Verhalten und der Verdacht mangelnder Handlungsvollmacht haben die DDR-Regierung als Vertrags- und Gesprächspartner ins Zwielicht gerückt. Es liegt jetzt an ihr, die eigene Seriosität und Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen.

■ NEUTRONENWAFFE

Bahr läuft Amok

Der Bundesgeschäftsführer der SPD hält es nach seinen voreiligen, von Sachkenntnis weithin ungetrübten Attacken gegen die Neutronenwaffe offenbar für seine Pflicht, im Irrtum zu verharren und — koste es, was es wolle — der NATO ein besonders schlagkräftiges Abschreckungsmittel noch vor seiner Einführung aus der Hand zu schlagen. Hierzu Willi Weiskirch, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung der Fraktion:

Mit seinen Dauerangriffen auf die Neutronenwaffe befindet sich der SPD-Bundesgeschäftsführer in einem bemerkenswerten Akkord mit dem sowjetischen Parteichef Breschnjew, der vor kurzem in Briefen an die Regierungschefs des NATO-Bündnisses in rüdem Ton vor der Einführung der Neutronenwaffe gewarnt hat. Der Moskauer KP-Chef scheint jedoch — anders als Egon Bahr — begriffen zu haben, daß die Neutronenwaffe die Abschreckungskraft des Atlantischen Bündnisses weiter verstärken und der gewaltigen Panzer-Armada des Warschauer Paktes überhaupt erst Paroli bieten würde. Wenn eine glaubwürdige Abschreckung die Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens ist, dann kommt der Neutronenwaffe in der Tat eine friedensichernde Funktion zu.

Es müßte zu einer der ersten Aufgaben des neuen Verteidigungsministers gehören, den SPD-Bundesgeschäftsführer in die Schranken zu weisen. Ob allerdings Apel der Mann dazu sein wird, bleibt eine offene Frage.

■ KOALITION

Ravens will gegen FDP kämpfen

Einen harten Wahlkampf gegen die FDP hat der SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Niedersachsen, Karl Ravens, angekündigt. Vor der Presse in Hannover reagierte er damit auf den Beschluß des FDP-Parteitages, die Koalition mit der CDU nach den Wahlen am 4. Juni fortzusetzen. Die Koalitionsaussage der Liberalen werde die SPD mobilisieren, sagte der Bundesbauminister, der am 16. Februar aus dem Amt scheidet. Sein Bundestagsmandat will er dagegen noch solange beibehalten, bis er in den Landtag in Hannover gewählt worden ist.

Groß gegen SPD-Volksfronttendenzen

Der niedersächsische Innenminister Rötger Groß (FDP) hat den SPD-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 4. Juni, Karl Ravens, aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß SPD-Mitglieder nicht länger in einer „reinen Volksfront“ in Hannover mitwirken. Anlaß ist eine von SPD- und DKP-Funktionären getragene Aktion, die sich gegen angebliche „Übergriffe und Überfälle neonazistischer Gruppen“ wendet.

Feuchtfröhliche Genossen

Ein Sprecher der Bundesregierung hat, wie die „Welt“ berichtet, es abgelehnt, zu einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ (6. Februar 1978) Stellung zu nehmen, in dem deutlich zu erkennen gegeben wird, daß Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski vom

Kanzleramt bei seinem letzten Besuch in Ost-Berlin häufig unter Alkoholeinfluß stand. Das Blatt schreibt u. a., Wischnewski habe sich bereits „unterwegs durch den einen oder anderen Schluck für einen langen Abend gestärkt“. Als seine Ostberliner Gesprächspartner sich nicht bereit zeigten, Bonns ständigen Beauftragten in Ost-Berlin, Günter Gaus, zu den Gesprächen hinzuzuziehen, sei Wischnewski „von der zwischendurch immer wieder in Form nachgefüllter Gläser demonstrierten Gastfreundschaft offenkundig milde gestimmt“ gewesen und habe daher keinen Grund gesehen, länger zu insistieren. Die offizielle Unterredung am folgenden Vormittag habe Wischnewski nach dreieinhalb Stunden „merklich ermüdet“ beendet, sei jedoch am Abend wieder zum Stadtbummel fähig gewesen.

Starke Belastungsprobe

Die nordrhein-westfälische SPD/FDP-Koalition ist nach der Auffassung des FDP-Landesvorsitzenden Wirtschaftsminister Riemer zur Zeit „auf dem Prüfstand“. In der FDP-Mitgliederzeitschrift „forum liberal“ schreibt Riemer, die durch den Poullain-Skandal ausgelösten Ereignisse hätten Landesregierung und Koalition „auf eine harte Belastungsprobe“ gestellt. Die Probleme seien noch nicht beseitigt oder gelöst.

Peinliche Fragen an NRW-Minister

„Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß ein Richter allein 25 Besuchsgenehmigungen für Terroristen an einem einzigen Tag ausstellt und 25 Mann von uns unter Anhäufung von Hunderten von Überstunden ihre Zeit damit verbringen müssen, sich um all die Vergünsti-

gungen zu kümmern, die es da für Terroristen gibt?" Diese Frage wurde Landesjustizminister Dr. Diether Posser (SPD) auf einer Personalrätetagung für Bedienstete des Strafvollzuges gestellt, die von der Bischöflichen Akademie Aachen und vom katholischen Männerwerk veranstaltet wurde. Hauptthema dieser zweitägigen Beratungen war die Neuordnung des öffentlichen Dienstrechtes. Bei diesem Anlaß protestierten die Teilnehmer energisch gegen die ihren Dienst erheblich erschwerenden Privilegien gewisser Häftlinge in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in Köln. Dadurch würden die übrigen 1200 Insassen der Justizvollzugsanstalt in Köln entschieden benachteiligt.

„Türöffner zur Spendenbeschaffung“

Ein direkter Zusammenhang zwischen Spendenzahlungen an die Frankfurter SPD und der Vergabe von Konzessionen am Rhein-Main-Flughafen hat vom Untersuchungsausschuß des Hessischen Landtags nicht nachgewiesen werden können. Ausschußvorsitzender Otto Wilke kritisierte jedoch den ehemaligen Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt (SPD): „Er hat in der Spendenaffäre die negative Rolle gespielt, denn die Tatsache, daß Arndt von Geschäftspartnern der Flughafengesellschaft milde Gaben für die Frankfurter SPD entgegennahm, genügt bereits, um dem demokratischen Staat Schaden zuzufügen.“ Es sei für alle Ausschußmitglieder mehr als überraschend gewesen, inwieweit im Bereich des Flughafens offensichtlich „orientalische Bräuche“ die Szene beherrschten.

Die CDU gab sich mit diesen Aussagen nicht zufrieden. Sie legte einen „Minderheitenbericht“ vor. Danach ist so-

wohl Arndt als auch dem Vorstandsvorsitzenden der Flughafengesellschaft, Erich Becker, „eindeutig unkorrektes Verhalten“ vorzuwerfen. Der CDU-Abgeordnete Hartmut Nassauer bedauerte, daß die Koalitionsparteien SPD und FDP nicht den Mut gehabt hätten, ein derartiges Fehlverhalten beim Namen zu nennen. CDU-Sprecher Dieter Weirich forderte die Ablösung Beckers, da sich der FAG-Chef als „Türöffner zur Spendenbeschaffung für die SPD“ erwiesen habe. An der Spitze eines Weltflughafens sei Becker nicht mehr tragbar.

Weniger neue Judo-Mitglieder

Einen Rückgang der Neuaufnahmen von Mitgliedern um rund ein Drittel gegenüber den Vorjahren hat der nordrhein-westfälische Landesverband der Jungdemokraten (DJD) verzeichnet. Ähnlich starke Einbrüche gebe es auch bei anderen politischen Jugendorganisationen und bei der FDP, teilte der DJD-Landesvorsitzende Thilo Schelling mit. Er wertet diesen Vorgang als Folge der wachsenden Entpolitisierung der Jugendlichen und einer allgemeinen Parteien- und Staatsverdrossenheit, wie sie auch am Zulauf der Bürgerinitiativen deutlich werde.

Bangemann für Koalitionswechsel

Der baden-württembergische FDP-Landesvorsitzende Martin Bangemann hat sich für eine Annäherung der FDP an die CDU auf Bundes- und Landesebene ausgesprochen. „Ich glaube, daß wir inzwischen wichtige politische Fragen, die uns heute bedrängen, besser mit der CDU lösen können“, sagte Bangemann in einem Interview mit dem in Konstanz erscheinenden „Südkurier“.

■ KABELFERNSEHEN

Schnelle Entscheidung über Pilotprojekte erforderlich

Der Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU hat sich eingehend mit den Vorschlägen zum Thema Pilotprojekte im Bereich der Kabelkommunikation befaßt. Da inzwischen zwei Jahre seit Vorliegen des KtK-Berichtes vergangen sind und noch keine konkreten Entscheidungen gefaßt wurden, hält es die Union für erforderlich, die Vorstellungen der CDU/CSU zu konkretisieren und der Öffentlichkeit darzulegen.

Die Union erwartet, erklärt der Vorsitzende des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU, Christian Schwarz-Schilling, MdB, daß Entscheidungen der Ministerpräsidenten über die Pilotprojekte zur Kabelkommunikation umgehend getroffen werden, damit die Landtage baldmöglichst die gesetzlichen Grundlagen hierzu schaffen können. Die medienpolitischen Forderungen der Union, die vom Koordinierungsausschuß erarbeitet wurden, dienen dafür als politische Leitlinie. Nachfolgend der Wortlaut:

Grundvoraussetzungen

Die Union geht bei der Beurteilung für die Durchführung von Pilotprojekten der Kabelkommunikation von den folgenden Grundvoraussetzungen aus:

1. Zwei Jahre nach der Vorlage des Abschlußberichtes der KtK liegen in be-

zug auf die vorgeschlagenen Pilotprojekte noch immer keine Entscheidungen vor. Die Bundesrepublik läuft dabei Gefahr, die Chance für eine freiheitliche und vielfältige Weiterentwicklung des Kommunikationssystems zu versäumen. Sie riskiert, daß die technologische Entwicklung an ihr vorbeiläuft und daß sie gegenüber ihren Nachbarländern in einen unaufholbaren Rückstand gerät.

Die Entwicklung medialer Technologie schreitet so rasch voran, daß die Telekommunikation über Breitbandverteilernetze in Kürze durch andere neue Kommunikationsmöglichkeiten und -kapazitäten wie z. B. das Satellitenfernsehen in ihrer Bedeutung tangiert wird.

Die Union hält unter diesem Gesichtspunkt jede weitere Verzögerung in der Diskussion und Entscheidung über die Kabelprojekte für untragbar. Sie fordert deshalb eine umgehende Entscheidung der Ministerpräsidenten über die rechtliche Ausgestaltung und die Anzahl der Projekte.

Die Pilotprojekte sollen so organisiert werden, daß auswertbare Ergebnisse bis 1981 vorgelegt werden können.

2. Die Union geht bei der Durchführung von Pilotprojekten vom Prinzip möglichst großer Informations- und Meinungsvielfalt bei gleichen Wettbewerbsbedingungen für alle Programmträger aus. Diesem Prinzip folgend, müssen die Pilotprojekte aufgrund ihres spezi-

fischen Charakters und Auftrags eine eigene Organisationsstruktur und damit eine eigengesetzliche Verantwortung erhalten. Es sind daher Einrichtungen des öffentlichen Rechts zu schaffen, welchen die Lizenzvergabe, die Schaffung von Programmrichtlinien durch Satzung sowie deren Einhaltung obliegen und die das jeweilige Pilotprojekt koordinieren und überwachen. Die Kontrollorgane solcher Einrichtungen müssen pluralistisch zusammengesetzt sein.

Es muß gewährleistet sein, daß auch die bestehenden Rundfunkanstalten, soweit sie sich über die Einspeisung ihrer normalen Programme hinaus an Pilotprojekten beteiligen oder solche durchführen sollen, den gleichen Zulassungsbedingungen, Programmgrundsätzen und Kontrollen unterliegen wie private Veranstalter.

3. Solange Pilotprojekte durchgeführt werden, die der Entscheidungsfindung über das zukünftige Gesamtangebot an neuen Telekommunikationsformen dienen, wird in überwiegendem Maße eine öffentliche Finanzierung Platz greifen müssen. Wo staatliche Organe aufgrund ihrer politischen Zuständigkeit verantwortliche Entscheidungen sich vorbehalten, wird das unternehmerische Risiko für private Investoren unkalkulierbar und damit unzumutbar.

Die Finanzierung der jeweiligen Pilotprojekte erfolgt daher für alle Programmträger einheitlich aus Mitteln der öffentlich-rechtlichen Rundfunkgebühren, der öffentlichen Hände sowie aus Zahlungen, die im Rahmen der Versuche von den Empfängern in variabler Anordnung zu leisten sind. Auch Werbeeinnahmen, die in der Phase der Testversuche anfallen, werden zur Finanzierung herangezogen.

Da unter allen Umständen verhindert werden soll, daß ein neuer Subventionsherd entsteht, legt die Union auf einen genau festgelegten Endtermin für die Versuchsauswertung besonderen Wert. Nach diesem Termin muß aufgrund der Versuchsergebnisse eine auf Kosten und Preise aufgebaute Gebührenfinanzierung erfolgen.

Aufgaben der Pilotprojekte

Die Pilotprojekte dienen der Überprüfung der durch die Breitbandtechnik geschaffenen neuen Kommunikationsmöglichkeiten und -formen. Im Vordergrund stehen dabei ein erweitertes Angebot von Bildung, Information und Unterhaltung. Darüber hinaus sollen die Pilotprojekte wichtige Aufschlüsse über ihre Wirkung auf die Beschäftigungspolitik (Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen), auf die Industriepolitik (Innovationsförderung, Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit) sowie die Marktpolitik (Transparenz von Angebot und Nachfrage) geben. Dazu werden wichtige Erkenntnisse im medien- und gesellschaftspolitischen Bereich erwartet im Hinblick auf die Befriedigung des individuellen und gesellschaftlichen Bedarfs nach Kommunikation, die Erweiterung des Bildungsangebots sowie die Förderung kommunikationsbenachteiligter Gruppen.

Die Union setzt voraus, daß die Pilotprojekte eine unabhängige wissenschaftliche Begleitung erfahren. Es ist dafür zu sorgen, daß diese Begleituntersuchungen von wissenschaftlich kompetenten Institutionen durchgeführt werden, die unabhängig von Programm- und Netzträgern sowie von staatlichen Institutionen und nach einheitlichen, untereinander vergleichbaren Versuchs-kriterien arbeiten.

Zur Sache:

Renten sind keine Almosen

Das steht den Rentnern zu :

1979	Rentenerhöhung	7,2 %
1980	Rentenerhöhung	über 6 %
1981	Rentenerhöhung	über 6 %

Warum ?

Wer ein Leben lang Beiträge bezahlt hat, hat Anspruch auf eine angemessene, dem Lebensstandard der Gesellschaft entsprechende Alterssicherung und auf eine gleichberechtigte Teilnahme an der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies ist Inhalt der Rentenformel, die die CDU/CSU mit der Rentenreform von 1957 eingeführt hat.

Rentenpolitik der SPD

Natürlich, die Finanzen der Rentenversicherung sind knapp. Die CDU hat deshalb bereits vor langer Zeit ein Konzept zur Sanierung vorgelegt. Aber was die SPD jetzt veranstaltet, ist ein beschämender Rentenpoker: Immer neue Pläne werden diskutiert. Jetzt will sie die Rentenanpassungen sogar von der Einkommensentwicklung abkoppeln und die Renten nach eigenem Gutdünken manipulieren. Dazu sagt der DGB: „Betrug an den Rentnern.“

Protest

Die CDU ruft alle Bürger zum Protest auf. Laßt nicht zu, daß die SPD eines der Hauptanliegen der Rentenreform von 1957 zerstört. Die Alterssicherung darf nicht von willkürlichen, politischen Entscheidungen abhängig gemacht werden.



■ PARTEIARBEIT

Ideen — Taten — Aktionen

Fragebogen im Dienste der Kommunalpolitik

Die CDU-Politik soll sich noch mehr am Bürger orientieren. Eine bürger-nahe Kommunalpolitik braucht jedoch zuverlässige Informationen darüber, wie die Menschen über umstrittene, aktuelle politische Fragen am Ort denken. Lautstarke Meinungsäußerungen entsprechen oft nicht der Mehrheitsmeinung. Fragebogen-Aktionen führen zu realistischeren Ergebnissen.

Zwei Beispiele sollen hier die unterschiedliche Handhabung der Fragebogen vorstellen:

Aktion Berlin

In einer Sonderdrucksache (DIN A4, 4 Seiten) „CDU extra“ befragt der Landesverband Berlin die Bürger über die Neugestaltung des Breitscheidplatzes an der Gedächtniskirche. Die Maßnahmen werden das Gesicht der Berliner City maßgeblich beeinflussen. Die Problematik wird ausführlich beschrieben, zwei Lösungen werden mit Illustrationen vorgestellt. Als „Nebenfragen“ werden weitere Neugestaltungsmöglichkeiten aus dem Citybereich gestellt.

Die Befragung konzentriert sich auf eine Thematik, die mit großer Ausführlichkeit behandelt wird.

Aktion Zell/Mosel

Die Neujahrsbefragung des CDU-Stadtverbandes Zell/Mosel umfaßt mehrere

Bereiche und versucht, eine Palette von öffentlichen Funktionen zu berühren.

Auf folgende Fragenkomplexe können Antworten angekreuzt werden:

- Soziale Einrichtungen
- Einkaufsmöglichkeiten
- Ärztliche Versorgung
- Arbeitsplatzsicherung
- Verkehrsverbindungen
- Freizeitmöglichkeiten
- Verwaltung und andere Dienststellen.

Eine Frage bezieht sich auf die konkrete Gestaltung einer Fußgängerzone. Die Bürger werden aufgefordert, beklagenswerte Mangelerscheinungen im Straßensbild zu melden bzw. Verbesserungsvorschläge und Anregungen anzubringen.

Ein Begleitschreiben der CDU bietet Fachgespräche an und wirbt für die Mitgliedschaft.

Beide Fragebogen, in Berlin und Zell/Mosel, haben ihre Existenzberechtigung und dienen der politischen Arbeit.

Sie erhalten die Fragebogen und Informationen über Vertrieb, Auswertung usw. direkt bei den Verbänden:

CDU-Landesverband Berlin

Lietzenburger Straße 46

1000 Berlin 30

CDU-Stadtverband Zell/Mosel

Waldbornstraße 14

5583 Zell/Mosel

344 Neumitglieder

Im Rahmen einer umfassenden Mitgliederwerbeaktion steuert der CDU-Kreisverband Ostalb das 4 000. Mitglied an. Seit Oktober 1977 konnten 344 neue Mitglieder geworben werden. Die Aktion läuft nach den Prinzipien des Kontakter-Modells, wobei die Schwerpunkte bei den Ortsverbänden liegen.

CDU-Kreisverband Ostalb
Wellandstraße 58
7080 Aalen/Unterombach

Die SPD ahmt nach

Nach den Grundsätzen des CDU Kontakter-Modells, will nun die SPD ihren Mitgliederbestand erweitern. Modellversuche, bei denen der Hausbesuch im Mittelpunkt der Aktion stand, wurden kürzlich durchgeführt.

Schon vor einigen Jahren scheiterten die Versuche der SPD-Zentrale, derartige Aktionen in der Partei populär zu machen. SPD-Mitglieder waren damals nicht bereit, die anstrengende Tätigkeit eines Kontakters auf sich zu nehmen.

Informationen über Ihre Aktionen geben Sie bitte auch weiterhin an die

CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1, Kennwort: „Ideen — Taten — Aktionen“

Neues für Neumitglieder Seminarprogramm läuft an

Unter der Bezeichnung „Eichholzwoche“ startet die Politische Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung einwöchige Bildungskurse für neue CDU-Mitglieder.

Das Programm soll die politischen Entscheidungsfelder in unserem Lande darstellen, in der Absicht, den persönlichen Einsatz durch Informationen zu erleichtern.

Die Teilnahmebedingungen sind vorteilhaft.

CDU-Verbände und andere Interessenten wenden sich bitte an:

Politische Akademie Eichholz
Postfach 29

5047 Wesseling

Kennwort: „Eichholzwoche“

Telefon (0 22 36) 70 71

Die CDU-Verbände werden gebeten, ihre Neumitglieder über das Programm zu informieren.

■ TERMINE

- 18. 2. LV Rheinland-Pfalz, KPV, Landestag, Mainz
- 18. 2. LV Hessen, Sozialausschüsse, Betriebsrätekonferenz, Krieffel
- 18. 2. LV Oldenburg, Landesparteitag, Nordenham
- 20. 2. LV Baden-Württemberg, Präsidium und Landesvorstand, Stuttgart
- 24. 2. CDU — Bund, Frauenvereinigung, Europa-Sektion, Bonn
- 25. 2. LV Hamburg, Landesparteitag, Hamburg

- 25. 2. BV Südbaden, Bezirksparteiausschuß
- 25. 2. CDU Niedersachsen, Kulturpolitischer Kongreß, Peine
- 27. 2. CDU — Bund, Bundesvorstand, Saarbrücken
- 27. 2. BV Nordwürttemberg, Bezirksvorstand, Stuttgart
- 2. 3. Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund, Vorstandssitzung, Hannover
- 3./4. 3. CDU Niedersachsen, Landesparteitag, Oldenburg

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

BUNDESPARTEI

664 214 Mitglieder

Zur Mitgliederentwicklung im Jahre 1977 stellt Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke folgendes fest: Der CDU gehörten zum Jahresende 1977 genau 664 214 Mitglieder an. Das sind über 12 000 Mitglieder mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. 39 487 Neuzugängen, die die CDU im Laufe des vergangenen Jahres verzeichnen konnte, standen 27 283 Abgänge gegenüber. Bei den Neumitgliedern fällt vor allem der starke Anteil weiblicher Mitglieder auf: er beträgt 29 %, bei der Gesamtzahl der Mitglieder 20 %.

Erfreulich ist auch die Tatsache, daß sich überdurchschnittlich viele Bürger schon in jüngeren Jahren zum Beitritt in der CDU entschließen und die Partei selbst dadurch ständig verjüngt wird. 48 % der Neumitglieder waren bei ihrem Eintritt 36 Jahre und jünger. Innerhalb der Gesamtmitgliedschaft liegt der Anteil dieser Altersgruppe jetzt bei 27 %. Bei den Mitgliedern, die 26 Jahre und jünger sind, wird der Verjüngungsprozeß

noch deutlicher: 21 % der Neuzugänge, aber erst 9 % der Gesamtmitgliedschaft, gehören dieser Altersgruppe an.

Auch die unterschiedliche Stärke der Konfessionen innerhalb der CDU-Mitgliedschaft gleicht sich immer mehr aus. Stehen bei der Gesamtmitgliedschaft 61,4 % Katholiken 33 % Protestanten gegenüber, so ist das Verhältnis mit 47 gegenüber 43 % bei den Neumitgliedern nahezu ausgeglichen.

Die Beschäftigungsverhältnisse der Neumitglieder zeigen, daß die CDU eine Volkspartei für alle sozialen Schichten ist: die Selbständigen sind mit 17 % vertreten, Arbeiter mit 11 %, Angestellte mit 28 %, Beamte mit 10 %, Hausfrauen mit 14 %, Schüler, Studenten und Auszubildende mit 11 % und Rentner mit 7 %. Vergleiche zur Gesamtmitgliederzahl sind hiernach nicht möglich, weil die Statistik Veränderungen im Laufe der Mitgliedszeit nicht vollständig erfaßt hat. Von den Mitgliederabgängen entfallen 61 % auf Austritte bzw. Ausscheiden aus der Partei, wobei lediglich 4 % mit politischen Begründungen erfolgten. Aus der CDU ausgeschlossen wurden im vergangenen Jahr genau 46 Mitglieder, also kaum mehr als ein Promille der Gesamtmitgliedschaft. Die restlichen Mitgliederabgänge beruhen auf Tod, Wohnungswechsel u. a. m.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId